

Universität Hildesheim

Immatrikulationsfeier Wintersemester 2019/20
Hildesheim, den 14. Oktober 2019

Ansprache des Präsidenten Prof. Dr. Wolfgang-Uwe
Friedrich
(Es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,
liebe Mitglieder der Universität Hildesheim,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Bredtschneider,
sehr verehrte Gäste,

aus gegebenem Anlass habe ich zu der heutigen
Immatrikulationsfeier Ehrengäste eingeladen. Um
Solidarität zu demonstrieren, begrüße ich sehr herzlich den
Vorsitzenden des Landesverbands der jüdischen
Gemeinden in Niedersachsen, Herrn Michael Fürst. Ich
danke Ihnen, lieber Herr Fürst, dass Sie die Einladung
angenommen haben und ein Grußwort sprechen werden.
Sie sind seit vielen Jahren ein unermüdlicher Streiter für
Versöhnung, für Verständigung, für Zusammenarbeit. Sie
zeigen Zivilcourage, sprechen die Sprache der Vernunft
und leisten damit unserer Gesellschaft einen
herausragenden Dienst. Besonders ermutigend ist der
jüdisch-muslimische Dialog, das Projekt „Schalom-
Aleikum“, das der Zentralrat der Juden initialisiert hat und
durch das die deutsche Zivilgesellschaft gestärkt wird. Sie
sind uns herzlich willkommen!

Ich habe ferner, um für die Universität Hildesheim Zeugnis
abzulegen und um Solidarität zu demonstrieren, als unsere

weiteren Ehrengäste eingeladen: den Vertreter der türkisch islamischen Gemeinde Hildesheim, Herrn Emin Tuncay und für das christlich-ökumenische Hochschulzentrum Hildesheim den katholische Pastoralreferenten Clemens Kilian und die evangelische Pastorin Uta Giesel. Ich begrüße sie sehr herzlich und danke für Ihr Kommen und ganz besonders danke ich für Ihre auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgerichtete Arbeit hier in Hildesheim.

Wir sind gegen Hass und Diskriminierung. Alle Hochschulen stehen heute in der Pflicht, dies deutlich und vernehmlich zu bekunden: Wir sind gegen Hass und Diskriminierung jeglicher Art!

Liebe Anwesende,

ich begrüße Sie sehr herzlich zur Immatrikulationsfeier der Universität Hildesheim. Wir zählen heute rund 8.800 Studierende, darunter 833 internationale Studierende. Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger in einem Bachelorstudiengang beträgt rund 1.650. Dass zehn Prozent unserer Studierenden aus dem Ausland stammen, zeigt: wir leben Weltoffenheit. Ohne Internationalität ist Wissenschaft nicht denkbar. Ihnen allen gilt unser herzliches Willkommen!

Sie haben sich für ein Studium an der Universität Hildesheim entschieden. Darüber sind wir sehr glücklich. Universität bedeutet „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden“, und in unserem Leitbild bekennen wir uns zu dieser Form von Partnerschaft. Wir wollen Sie fachlich und persönlich betreuen und fördern. Wir stehen als Ansprech- und Diskussionspartnerinnen und -partner zur Verfügung. Die Lehrenden wollen als Mentorinnen und Mentoren wirken. Das Studium soll nicht nur der Berufsqualifizierung dienen, sondern wird von uns „als Zeit einer umfassenden Persönlichkeitsentwicklung“ verstanden (sh. Leitbild der

Stiftung Universität Hildesheim). Das ist ein hoher Anspruch, der von allen Beteiligten Verantwortungsbewusstsein und gegenseitigen Respekt verlangt. Um beides sollten wir uns ohne Ausnahme nach Kräften bemühen.

Mit unserem Bekenntnis zum Studium als „Zeit einer umfassenden Persönlichkeitsbildung“ (sh. Leitbild) stehen wir in der Tradition des preußischen Bildungsreformers Wilhelm von Humboldt.

Universitäten wurden in Europa ungefähr ab dem Jahr 1200 gegründet. Bologna und Paris standen am Beginn, Heidelberg wurde 1386 gegründet. Wir in Hildesheim blicken auf das Jahr 1946 zurück, als die britische Militärregierung als Teil der Entnazifizierungspolitik Hochschulen für die Lehrerbildung gründete. Aufgrund der Kriegszerstörungen war zunächst Alfeld der Sitz, bevor 1970 die Hochschule hier in Hildesheim ihren Studienbetrieb aufnahm. Obwohl wir eine junge Universität sind, stehen wir in der Tradition Wilhelm von Humboldts.

Um 1800 befanden sich die Universitäten an vielen Orten in Europa, besonders aber in den deutschen Ländern und auch in Frankreich in einer Krise. Napoleon schuf in Frankreich Spezialschulen für eine Eliteausbildung, die es bis heute in Form der Grandes Écoles gibt und die jetzt Präsident Macron verändern will. In Preußen legte Humboldt den Grundstein für einen anderen Typ von Universität, in deren Zentrum der Lehrende als Forscher und der Student als forschend Lernender stand. Seine „Idee der Wissenschaft“ forderte „Einsamkeit und Freiheit“ als wichtigstes Prinzip (Wilhelm von Humboldt: Über die innere und äußere Organisation der Höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, in: Ders., Schriften zur Politik und zum Bildungswesen. Darmstadt, 6. Aufl. 2002, S.255 ff.). Alle sollten zusammenwirken, „damit die gelingende Thätigkeit des Einen den Anderen begeistere“.

Der junge Student sollte „physisch, sittlich und intellectuell der Freiheit und Selbstthätigkeit überlassen werden“. Gleichzeitig sah Humboldt im Studium auch „die Beziehung auf das praktische Leben und die Bedürfnisse des Staates“. In dieser Tradition stehen wir, auch wenn wir den patriarchalischen Rahmen glücklicherweise überwunden haben. Sie alle sollen hier der Wissenschaft begegnen, sich mit wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung befassen, Methoden studieren, zwischen doxa, der bloßen Meinung, und epistemé, der wissenschaftlichen Erkenntnis, unterscheiden lernen, eine Unterscheidung, die auf Platon und Aristoteles zurückgeht. Wir wollen Sie dazu einladen, am wissenschaftlichen Diskurs teilzunehmen. Sie sind aufgefordert, diesen Diskurs mit unseren Lehrenden verantwortlich und respektvoll zu gestalten.

Bildung durch Wissenschaft kann als Prozess nur gemeinsam gestaltet werden, wenn er zum Erfolg führen soll. Universität bedeutet Gemeinschaft, bedeutet Inklusion statt Exklusion.

Der Soziologie Max Weber definierte den gültigen Maßstab für das gemeinsame Arbeiten an einer Universität: „Voraussetzung ist bei jeder wissenschaftlichen Arbeit immer die Geltung der Regeln der Logik und Methodik: dieser allgemeinen Grundlagen unserer Orientierung in der Welt.“ (Max Weber: Vom inneren Beruf zur Wissenschaft, in: Ders., Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik. Stuttgart 1973, S. 323)

Zu den weiteren, unabdingbaren Voraussetzungen wissenschaftlicher Arbeit zählt die Freiheit. Humboldt sprach von intellektueller Freiheit. „Denken ohne Geländer“ nannte das die Sozialphilosophin Hannah Arendt, die in Hannover geboren wurde und 1933 nach Paris und dann 1941 nach New York emigrierte. Die Wissenschaftsfreiheit zählt zu den Grundrechten in unserer Verfassung. Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes lautet: „Kunst und

Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Und Artikel 5 unserer Niedersächsischen Verfassung regelt: „(1) Das Land schützt und fördert die Wissenschaft. (2) Das Land unterhält und fördert Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen.“ Wir genießen als öffentlich-rechtliche Stiftungsuniversität mehr Autonomie, sind beispielsweise selbst Bauherrin und verfügen über das Berufungsrecht. Aber wir sind eine Hochschule in staatlicher Verantwortung. Das Land Niedersachsen finanziert unsere Arbeit zum größten Teil.

Die Freiheit von Forschung und Lehre unterscheidet unser System von Diktaturen. Wir genießen „akademische Freiheit“.

Sie unterscheidet unsere heutige deutsche und europäische Universität von der deutschen Universität des Jahres 1933. Der Freiburger Rektor Martin Heidegger erklärte im Mai 1933: „Die vielbesungene ‚akademische Freiheit‘ wird aus der deutschen Universität verstoßen.“ (Zit. nach Hartmut Boockmann: Wissen und Widerstand, Geschichte der deutschen Universität. Berlin 1999, S. 228) Hand in Hand mit dem NS-Studentenbund vertrieben Nazi-Professoren und SA jüdische Professoren und jüdische Studierende von den Universitäten. Hannah Arendt zählte zu den Verfolgten. Die Bücherverbrennung in Göttingen eröffnete Rektor Friedrich Neumann. Der Nationalsozialistische Studentenbund forderte und organisierte zusammen mit der SA „Schulungslager“. Alle Universitätsmitglieder sollten ideologisch geschult werden. Die totalitäre, rassistische Ideologie, der sich wenige widersetzen, wie die Geschwister Scholl und Professor Huber an der Universität München, bereitete den Völkermord vor.

In der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR vollzog sich die ideologische Umgestaltung nach 1945/49 über einen längeren Zeitraum. Der Marxismus-Leninismus wurde fester Bestandteil aller Studienrichtungen. Er entwickelte sich aber mehr und mehr zu einem Ritual,

organisiert von den Parteileitungen an den Hochschulen und kontrolliert von der Stasi. Dieses System wurden nach sowjetischem Vorbild in allen sogenannten „Volksdemokratien“ eingeführt. An der bulgarischen Universität Sofija, an der ich in den späten siebziger Jahren studierte, wurde ich Zeuge vieler Beschränkungen des freien Studiums und propagandistischer Pflichtveranstaltungen. Kritische Diskussionen fanden nur im privaten Rahmen statt, und auch dort oft begleitet von der Furcht vor dem Geheimdienst. Die Nationalbibliothek gestattete den Studierenden nur einen beschränkten Zugang zur Literatur. Ich durfte als Göttinger Austauschstudent den Lesesaal 4 mit Büchern, Zeitschriften und Nachschlagewerken aus der ganzen Welt betreten, ein Kommilitone aus Jena erhielt diese Genehmigung nicht.

Der Blick auf die Geschichte lehrt uns, die Freiheit, und das bedeutet auch die akademische Freiheit, als hohes Gut zu schätzen und sie, wo immer es nötig ist, zu verteidigen. In unserem Leitbild bekennen wir uns aus diesen Gründen zu folgenden Grundwerten:
„Die Stiftung Universität Hildesheim verwirklicht ihr Leitbild als europäische Universität im Respekt vor der freiheitlich-demokratischen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und in besonderer Verantwortung des Landes Niedersachsen. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von Menschen unterschiedlicher sozialer, ethnischer und religiöser Herkunft. Sie respektiert die Vielfalt des Einwanderungslandes und fördert die Integration.“

Liebe Studentinnen und Studenten, in der letzten Woche entging die jüdische Gemeinde in Halle nur knapp einem tödlichen Anschlag. Zwei Menschen, die zufällig in der Nähe waren, starben. Der Täter weist ein rechtsextremistisches, rassistisches und antisemitisches Profil auf. Er wird vor Gericht gestellt und für seine Taten

verurteilt werden. Wir sollten dieses Attentat im Kontext sehen. Zwischen 2000 und 2009 ermordeten Neonazis, der sog. NSU, aus Hass neun Mitbürgerinnen und Mitbürger, die überwiegend aus der Türkei stammten. 1996 starben zehn Menschen, Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Afrika sowie dem Libanon, in Lübeck durch einen rechtsextremistischen Brandanschlag. 1993 fanden fünf deutsch-türkische Personen in Solingen den Tod ebenfalls durch einen rechtsextremistischen Brandanschlag. 1992 johlte ein riesiger Mob in Rostock-Lichtenhagen, als Rechtsextremisten Brandsätze gegen ein Asylbewerberheim warfen, in dem sich über 100 Personen aus Vietnam aufhielten. Es gibt also eine lange Geschichte rechtsextremistischer Gewalttaten in unserem Land. Es gibt auch eine Geschichte islamistischer Terrorakte in unserem Land, ich erwähne nur das Attentat am Breitscheidplatz in Berlin 2016, bei dem zehn Menschen starben. Der terroristische Rechtsextremismus und der terroristische Islamismus zählen heute zu den größten Herausforderungen unseres inneren Friedens.

Als Universitäten stehen wir auch in einer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Deswegen spreche ich heute über diese schlimmen, abscheulichen Ereignisse. Es gibt sie auch in anderen Ländern, denken wir nur an die Anschläge in Neuseeland, Frankreich, Belgien, Spanien, England, Norwegen, in den USA, in Kanada und in Russland. Aber es geht hier und heute um unsere Verantwortung für unser Land. Zu den großen Herausforderungen unserer deutschen Gesellschaft zählen der wiedererstarkte Rechtsextremismus und der Antisemitismus. Wir sind als Menschen, als Mitglieder einer Universität, als Deutsche und als Europäer verpflichtet, dagegen aufzustehen. Wir verurteilen den Antisemitismus ebenso wie die Islamophobie. Beides sind mörderische Ideologien. Durch unser Reden und unser Handeln zeigen wir öffentlich, dass wir Hass, Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art ablehnen und verurteilen.

Als Universität stehen wir zugleich vor der Aufgabe, sowohl in der Forschung als auch in der Lehre Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und sonstige Formen der Diskriminierung intensiv zu bearbeiten. Wir zeigen außerdem, dass für uns als Mitglieder einer Universität Regeln gelten, die bedeutsam sind und die wir beachten. Die amerikanischen Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt haben in ihrem jüngst erschienenen Buch „Wie Demokratien sterben“ auf die Bedeutung informeller Regeln hingewiesen: „Wie in allen Bereichen der Gesellschaft, vom Familien- bis zum Berufsleben, von der Welt der Wirtschaft bis zur Wissenschaft, spielen ungeschriebene Regeln eine große Rolle.“ Verfassungen und Verfassungsorgane werden auf diese Weise ergänzt. Die beiden Autoren sehen in derartigen Regeln „Leitplanken der Demokratie, indem sie verhindern, dass die alltägliche politische Auseinandersetzung in einen Konflikt ausartet, in dem keine Rücksicht auf Verluste genommen wird.“ (Steven Levitsky, Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben. München 2018, S. 119 f.)

Liebe Studentinnen und Studenten, lassen Sie uns an der Universität Hildesheim zusammenarbeiten. Zu unseren Regeln zählt die Beachtung der Werte, die in unserem Leitbild definiert wurden. Wer hier Diskriminierung persönlich erlebt, kann und sollte sich direkt an mich wenden. Die Studiendekaninnen und -dekane, das Gleichstellungsbüro, das Ideen- und Beschwerdemanagement und der AStA bieten ebenfalls Beratung und Unterstützung an. Wir werden hier weder Hass noch Feindschaft dulden. Wir arbeiten zusammen, als Studierende, als Lehrende und als Forschende.

Deshalb noch einmal: herzlich willkommen an der Universität Hildesheim! Ich wünsche Ihnen einen guten Start ins Studium und danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Lieber Herr Fürst, ich bitte Sie nun um Ihr Grußwort. Im Anschluss daran sprechen Herr Bürgermeister Bredtschneider und der AStA.

Stiftung
Universität Hildesheim
Universitätsplatz 1
31141 Hildesheim
Fon:
+49(0)5121.883-90000
Fax:
+49(0)5121.883-90003
E-Mail: praesident@
uni-hildesheim.de
www.uni-hildesheim.de